

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Politische Ausblicke.

Von Raymond Poincaré,
Präsident der französischen Republik.
(Nachdruck verboten.)

„Sicher wird noch der Tag kommen, an dem die Politik zu ihrer eigentlichen Rolle zurückgeführt wird. Sie wird dann kein Hilfsmittel für Intriganten und durstige Leute mehr sein, sie wird auf unlaute, hinterlistige Manöver, auf Bestechungen, auf die ganze Strategie der Hinterhältigkeit und auf alle Schliche verzichten, um wieder das zu werden, was sie sein soll: eine moralische Wissenschaft, der vollkommene Ausdruck aller der verschiedenen Beziehungen von Interessen, Handlungen und Sitten. An jenem Tage wird sie das Gewissen wie den Geist unter ihre Macht beugen, und der menschlichen Gesellschaft die Regeln des Rechts vorschreiben.“ Das war im Jahre 1873 die Hoffnung Gambetta's. Seitdem ist die Politik noch immer kaum eine moralische Wissenschaft geworden, unter deren Macht das Gewissen sich beugen mußte. Noch scheint sie sich nicht endgültig von „Intrigen“ und „Schlichen“ frei gemacht zu haben, wiederholt ist sie ohne Scham der „Bestechung“ unterlegen, und da sie sich durch „unlautere hinterlistige Manöver“ hindurchschlängeln mußte, konnte sie sich bis heute nicht zu der Höhe einer allgemein anerkannten Lehre erheben.

Jeder begreift aber vielmehr jeder fühlt, daß dieser Niedergang der Politik ein Anfang nationaler Gefahr ist. Diese Beforgnis, die alle hegen, drückt sich in unklaren oder banalen Formen aus: „Das muß aufhören“, „etwas ist da nicht richtig“, „so kann es nicht weiter gehen.“ Die Männer der Regierung, in denen die verschiedenen Parteien und auch natürlichen Bestrebungen nachgeben, gewöhnen sich dadurch, mit einem Uebel zu leben, das sie besser kennen als jeder andere; die Männer der Opposition entstellen wieder seinen Charakter und übertreiben seine Schwere. Seitdem die Verfassungen von 1791 und 1793 den Grundbau aufgestellt haben, daß die Nation die Oberherrschafft ausübe, und daß diese unteilbar, unverschiebbar und unübertragbar sei, hat dieses Prinzip mehr als einen Stoß erlitten. Die Republik wurde gegründet, um das Volk von den Mißbräuchen der persönlichen Herrschaft zu befreien; die freie Regierung sollte organisiert werden, wobei die Demokratie das Recht hatte, sich durch Bevollmächtigte vertreten zu lassen. Um diese Bevollmächtigten nicht in die Versuchung zu bringen, sich an die Stelle derer zu setzen, die ihnen die Vollmacht verliehen, wurden ihnen einzelne, bestimmt umschriebene Befugnisse anvertraut. Nach und nach ist aber eine befugenswerte Verwirrung in die Ausübung dieser verschiedenen Vollmachten eingedrungen. Jeder Abgeordnete glaubte in sich das ganze Volk zu verkörpern. So sind alle Rollen und Verantwortlichkeiten in schrecklicher Unordnung durcheinander gewirrt, so daß jetzt alles im Staate verkehrt ist, und daß ohne den Kongreß und ohne die Möglichkeit der Revision die schlechten Gewohnheiten die wichtigsten Elemente der republikanischen Verfassung in ihr Gegenteil verkehren würden.

Nach dem Verfall dieser Verfassung soll es einen Präsidenten und einen Senat, d. h. ein Parlament. Im Verein mit den Mitgliedern der beiden Kammern sollte der Präsident das Recht haben, Gesetze einzuführen, über die bewaffnete Macht zu verfügen, alle Zivil- und Militärbeamten zu ernennen, und bei nationalen Feierlichkeiten den Vorsitz zu führen (Artikel 3 des Gesetzes vom 25. bis 28. Februar 1875). Erlangte er die Zustimmung des Senats, so durfte er die Abgeordnetenkammer vor dem gesetzlichen Ablauf ihres Mandats auflösen (Artikel 5). Ihm stand das Recht zu, innerhalb der für die Veröffentlichung festgesetzten Frist von den Kammern eine neue Beratung beschlossener Gesetze zu fordern (Artikel 7 des Gesetzes vom 16. bis 18. Juli 1875). Er hatte über Verträge zu unterhandeln und sie zu bestätigen (Artikel 8). Von all diesen Befugnissen hat er jedoch nur die letzte unter denen, die ihm Artikel 3 des Februar-Gesetzes einräumte, fast unangestastet bewahrt: den Vorsitz bei nationalen Feierlichkeiten.

Neben dem Präsidenten sollten Minister stehen, die vor den Kammern für die allgemeine Politik der Regierung solidarisch haftbar und für ihre persönlichen Handlungen verantwortlich wären (Artikel 6 des Februar-Gesetzes). Wahrlich, wir haben nach 1875 ebenso wie vorher viele Ministerien gehabt — die Zahl der Regierungen mag etwas geringer gewesen sein —, da muß ich mich tatsächlich fragen, wie die Minister Meister in der Regierungslust sein konnten. Seit der Zeit, in der J. S. Weiß einmal mit geistreicher Detaillierung den Tageslauf eines Ministers schilderte, hat man diesen hohen Staatsgefangenen kaum mehr Miße gegönnt. Dreimal in der Woche halten sie Rat, und natürlich nimmt man an, daß sie bei diesen Aussprachen die allgemeine Politik und große öffentliche Interessen behandeln. Man frage den Offizier, der die Regimentsfahne trägt, ob er nicht, wenn seine Hand den Fahnenstiel umfaßt, in sich etwas wie eine Verherrlichung der Waffe und vervielfachten Mut fühlt! Diese Minister wissen natürlich, daß sie die höchsten Stellen Dolmetscher des Volkswillens sind; es erscheint selbstverständlich, daß sie immer, wenn sie zusammenkommen, gemeinsam beraten, was ihre Vorfahren „große Angelegenheiten“ nannten. Und daß sie mit der Triebkraft einer gemeinsamen Idee die innere und die äußere Aktion der französischen Regierung leiten. . . So denkt man sich's.

Ah, laßt diesen Irrtum fahren! Morgen werden sie die großen Angelegenheiten beschäftigen, heute sind ja noch so viel kleine Dinge zu ordnen! Da ist der Abgeordnete, der mit der Ernennung eines Steuereintnehmers unzufrieden ist und heute Nachmittag deswegen interpellieren wird; im Laufe der Debatte können sich alle möglichen Zwischenfälle ereignen, die man voraussehen muß, und die Tagesordnungen sind vorzubereiten, die man vorlegen will. Ein anderer Abgeordneter verlangt für einen Schilling den Posten eines Gerichtspräsidenten, den ein Senator wieder für einen anderen Kandidaten wünscht. Ein schwerer Konflikt: wen soll man da zufrieden stellen? Der Senator ist treu, der Abgeordnete ein unsicherer Kantonsist. Man überlegt lange, und schließlich trägt, wie es sich gehört, der Abgeordnete den Sieg davon. Es schlägt 10 Uhr, 11 Uhr, 11 Uhr. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat wichtige Nachrichten empfangen, die er

*) Am Dienstag tritt Raymond Poincaré sein Amt als Präsident der französischen Republik an. Wir können einen Ausblick auf seine Feder vorlegen, in dem einige interessante Streiflichter seine Auffassung von dem hohen Amt erhellen. Die Schäden, die der frühere Parlamentarier und Minister aus intimer Kenntnis des Parteigeistes in diesem Aufsatz einer scharfen und freimütigen Kritik unterwirft, erklären manche der sprunghaftesten Wandlungen, die in der französischen Politik des letzten Jahres zu spüren waren und die häufig auch ein Moment peinlicher Unsicherheit in die internationalen Beziehungen Europas brachten. Die Ausführungen des neuen Staatsoberhauptes der französischen Republik werden gerade in diesem Augenblick besonderer Aufmerksamkeit sicher sein. D. Red.

dem Ministerrat mitzuteilen wünscht. Der Finanzminister hat große Reformideen, die eine eingehende Prüfung verlangen. Was tun? Es ist spät. Der Minister des Innern wird von den Journalisten erwartet, die Auskunft von ihm wünschen. Man muß fort. Und schließlich, weiß denn der Minister des Auswärtigen nicht besser als jeder andere, was er zu beschließen hat? Und ist der Finanzminister nicht kraft seines Amtes in Finanzfragen der kompetenteste Beurteiler? Ist's nicht also das Beste, ihnen unbedingte Vollmacht zu lassen? Man kann ja an einem andern Tage von der allgemeinen Politik sprechen, und wieder an einem andern Tage von Frankreich . . .

Die „große Landwirtschaftswoche“.

Hg. Berlin, 16. Februar 1913.

Nachdem in den letzten Wochen die amtliche Vertretung der Landwirtschaft in Preußen, das königliche preussische Landesökonomienkollegium und der deutsche Landwirtschaftsrat ihre Vollversammlungen abgehalten haben, legt mit dem heutigen Tage die sogenannte große Landwirtschaftswoche, die Wintertagung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, ein. Gleichzeitig halten in diesen Tagen eine ganze Reihe mit der Landwirtschaft in engem Zusammenhang stehende Berufsvereinigungen und Organisationen ihre Sitzungen ab. Am Sonnabend wurde die 29. Hauptversammlung des

Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands

der über 8000 Mitglieder zählt, abgehalten. Die Versammlung beschäftigte sich zuerst mit der auch schon vom Landesökonomienkollegium erörterten Frage der Vertretung des Gartenbaues in den preussischen Landwirtschaftskammern, die wie Gärtnervereinigungen Jungclaufen-Frankfurt a. O. darlegte, seit langem das Ziel der Gärtner ist. Auch das Landwirtschaftsministerium steht diesem Plane sympathisch gegenüber und es ist eine Angliederung der Gartenbauausfische an die Landwirtschaftskammern geplant. Syndikus Dr. Grundmann-Kassel berichtete über die Gärtnervereinigungen. Dann beschäftigte sich die Versammlung mit den bei den künftigen Handelsverträgen zu ergehenden Forderungen auf einen Zollschutz für den heimischen Gemüsebau. Weitere Fragen betrafen den Reichsverband für den deutschen Gartenbau und die Förderung des erwerbsmäßigen Gartenbaues durch die Städte und Gemeinden.

Als eine neue Tagung tritt diesmal in die Erscheinung eine öffentliche Landfrauenversammlung, die von der Kommission zur Pflege der weiblichen Landjugend durch die Gattin des Landtagspräsidenten Grafen v. Schwerin-Löwis einberufen ist und am Dienstag Vormittag im Herrenhause tagen wird. Auf der Tagesordnung steht die „Jugendpflege auf dem Lande als Frauenfrage“. Auch die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer hält in gewohnter Weise während der großen Landwirtschaftswoche ihre Generalversammlung ab.

Den Hauptziehungspunkt der großen Landwirtschaftswoche bildet seit 20 Jahren die

Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

die am Montag Mittag diesmal in zwei Sesseln stattfand. Schon am heutigen Sonntag waren viele Tausende von Landwirten zum großen Teil mit ihren Frauen in Berlin eingetroffen, die das Straßenbild belebten und dem Sonntagverkehr der Reichshauptstadt eine charakteristische Note gaben. Nach zweijähriger Unterbrechung ist die Generalversammlung wieder an ihre alte Tagungsstätte, den Steinbau des Circus-Busch beim Stadtbahnhof Borsig, zurückgekehrt. In dem von der Bundesleitung der Generalversammlung erstatteten Geschäftsbericht für das Jahr 1912 wird zunächst ein Langes und Breites über die Reichstagswahlen von 1912 erzählt. — Die Abteilung Organisation hielt im Jahre 1912 13252 Versammlungen ab, darunter 2851 Wahlversammlungen. Politische „Aufklärungsabende“ fanden 54 statt. Die Mitgliederbewegung ist auch im verflochtenen Geschäftsjahr angeblich eine aufsteigende gewesen. Die Beiträge gingen pünktlich ein und am Jahresabschluss waren nur noch 400 Mark rückständig. Die Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte hat entsprechend dem Bestand und der Zunahme des Bundes ebenfalls in ihrer Betätigung an Ausdehnung gewonnen. Die Abteilung für Maschinenwesen lieferte im Jahre 1912 landwirtschaftlich-industrielle Anlagen, Maschinen und Geräte im Werte von 1.153.000 Mark an Bundesmitglieder und Genossenschaften. Die Original-Saatgutabteilung des Bundes hat im Geschäftsjahre 1912 an Original-Saatgut 6893 Zentner im Werte von 110.347 Mark an Bundesmitglieder vermittelt. Nach der Jahresaufstellung hat die Abteilung zur Vermittlung von Dünges- und Futtermitteln im Jahre 1912 die Lieferung von 370.610.800 kg im Werte von 12.849.389 Mark, also 26.810.175 kg mehr als 1911 im Werte von 1.404.683 Mark vermittelt. Dem Revisionsverbande des Bundes der Landwirte gehörten am 1. Januar 1913 380 Genossenschaften an. Die genossenschaftliche Zentralkasse hatte einen Umsatz von rund 322 Millionen Mark.

Rumänien und Bulgarien.

Während die Türkei verzwiefelte militärische Anstrengungen machen, um sich den Fesseln der bulgarischen Einklammerung zu entziehen, ohne das doch bis jetzt irgend ein Erfolg ihres Mißens sichtbar ist, hat das rumänische Kabinett den kritischen Augenblick wahrgenommen, um von Bulgarien einen Abschluß der endlos hinschleichenden Verhandlungen über eine Grenzberichtigung zu erlangen. Man kann die rumänischen Forderungen nicht unmaßig nennen. Das strittige Gebiet im Süden der Dobrudscha beträgt noch nicht den zehnten Teil des gewaltigen Landeswerbes, den Bulgarien dank der wohlwollenden Neutralität Rumäniens und seines Verzichts auf einen Zugang zur Ägäis im Süden am Meere gewinnen wird. Man wünscht aber in Bukarest mit einigem Recht, daß die Bulgaren sich für ihren Machtzuwachs dem nördlichen Nachbar, der wohl die Möglichkeit und sogar gewisses Interesse daran gehabt hätte, dem ganzen Krieg eine andere Wendung zu geben, erkenntlich zeigen.

Es läßt auf der anderen Seite sich verstehen, daß man in Bulgarien gerade rebus sic stantibus sich noch nicht festlegen möchte. Rumänien hat einen schweren Fehler gemacht, indem es gleichzeitig mit Herrn Jonescus Londonreise den Minister Filipescu nach Konstantinopel sandte. Das hat in Sofia verstimmt, und daraus sind scheinbar die Londoner Verhandlungen gescheitert. Aber auch abgesehen hiervon, ist es nicht ganz leicht für die Bulgaren, vor dem Abschluß des türkischen Krieges, vor der Auseinandersetzung mit den Kampfgenossen, schon eine Abzählung auf den zu erwartenden Gewinn zu leisten.

Von einem rumänischen Ultimatum ist bislang keine Rede. Nach einem Privattelegramm der „Zfr. Ztg.“ aus Sofia herrscht dort der allgemeine Eindruck vor, daß zwischen Bulgarien und Rumänien noch nichts Unüberwindliches passiert ist. Man spricht allerdings davon, daß die Unterhandlungen als unterbrochen zu betrachten seien. Auf der rumänischen Gesandtschaft wird zu der Abreise des rumänischen Gesandten nach Bukarest erklärt: „Unter Gesandter hat die bulgarischen Zugeständnisse nach Bukarest zu über-

bringen. Bis zur Stunde haben wir von unserer Regierung keine Gegenäußerung. Wir können aber versichern, daß die Verhandlungen einen normalen und sehr freundschaftlichen Verlauf nehmen.“ Nun, ganz normal ist der Verlauf dieser Verhandlungen denn doch wohl nicht, da sich die Dreibundmächte veranlaßt gesehen haben, in ihren Gang vermittelnd einzugreifen. Aber es ist auch wiederum nicht wahrscheinlich, daß die Großmächte zueinander werden, wie aus dem verhältnismäßig geringfügigen Grenzstreit zwischen den beiden Vormächten der Balkanhalbinsel ein neuer schlimmerer Konflikt sich entwickelt, als ihn der lange geächtete Zusammenbruch der europäischen Türkei heraufbeschwor.

r. Berlin, 17. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ wird von wohlinformierter, diplomatischer Seite zur Verhärterung der Gegenseite zwischen Rumänien und Bulgarien erklärt:

Der augenblickliche Ernst der Lage ist zum größten Teil auf den Stimungswechsel in der rumänischen Kabinett zurückzuführen. In der Bukarester Regierung soll deren Leitung in nur schwachen Händen ruhen, damit die von Alerandru-Minister Filipescu geführte intransigente Partei die Oberhand gewinnt. Die Regierung verweist sich immer mehr darauf, an der Forderung einer Grenzlinie Turtukai-Vallschiff festzuhalten. Damit, daß sich die rumänische Regierung vor einigen Tagen um Vermittlung nach Wien gewandt hat, soll auch ein Gegenstoß zwischen dem Dreibund und der Tripleentente in der rumänischen Frage auf der Londoner Vorkonferenz geschaffen werden. Wenn jetzt der letzte Bericht des Prinzen Ghika zur Verhandlung im Ministerrat kommt, ist es sehr wohl möglich, daß die latente Ministerkrise, die sehr leicht mit einem Sieg der radikalen Elemente enden kann, zum Ausbruch kommt.

r. Sofia, 17. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der rumänische Gesandte Prinz Ghika hatte gestern eine zweite Konferenz mit den bulgarischen Bevollmächtigten Danew und Sarafow. Diese erklärten, Bulgarien sei zu weiteren Konzessionen bereit, indem es auch die für Silistria strategisch wichtige Anhöhe Medschidich Tabia abtrete und über die am Meer des Schwarzen Meeres bereites in London zugestanden 50 Kilometer hinausgehen wolle. Prinz Ghika erklärte Bulgariens Zugeständnisse für unannehmbar. In diplomatischen Kreisen meint man, daß Rumänien nunmehr die Verhandlungen für abgebrochen erklären werde, ohne daß es jedoch jenseitig die angebotenen Schritte unternimmt. Es werden nun die Mächte von Bulgarien zur Vermittlung angerufen werden.

V. Berlin, 17. Februar. (Originaltelegramm.) Die politische Situation wird auch heute von dem bulgarisch-rumänischen Konflikt beherrscht. Man muß abwarten, wie man sich in Bukarest zu dem neuen bulgarischen Gegenvorschlag stellt. In der albanischen Frage hat sich nichts geändert. Es wird heute an zutreffender Stelle nur aufs Neue bestätigt, daß es nicht zutrifft, wenn man die Tätigkeit der Vorkonferenz wegen der unüberwindlichen Schwierigkeiten als beendet ansieht.

Die albanischen Grenzen.

Wie das Reuterische Bureau aus diplomatischen Kreisen erfährt, haben die Besprechungen der Vorkonferenz in London hinsichtlich der auseinandergehenden Ansichten, die Oesterreich-Ungarn und Rußland über die Grenzen Albanien hegen, keine Fortschritte gezeitigt. Außerhalb der beiden genannten Mächte sind jedoch andere mächtige Einflüsse am Werk, und es besteht die Hoffnung, daß es gelingen wird, einen Weg zu finden, der für Wien und auch für Petersburg annehmbar ist. Nach dem österreichischen Plan soll Albanien Stutari, Jpek, Prizrend, Dajkova, Dibra, Konisa und Janina erhalten. Wenn auch zugegeben wird, daß in der Umgegend von Jpek und Prizrend einige Modifikationen gemacht werden können, so steht Oesterreich-Ungarn doch auf dem Standpunkt, daß die angegebenen Grenzen nicht zu weit gehen. Zum Beweise dafür wird darauf hingewiesen, daß von den 1.200.000 Albanern ein Drittel außerhalb der angegebenen Grenzen lebt. Innerhalb dieser Grenzen sind, wie behauptet wird, keine Stämme zu finden, vielmehr ist die gesamte Bevölkerung albanisch.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Wochenrundschau:

Die Bedenklichkeit der mit der Abgrenzung Albanien verknüpften Fragen scheint in einem Teil der europäischen Presse übersehen zu werden. Gewiß ist über manche Punkte die erforderliche Einigung Europas noch nicht herbeigeführt; es wird aber nicht ohne Aussicht auf Gelingen an einem Ausgleich der Interessen gearbeitet. Wir gedenken in diesem Zusammenhang der Entsendung des Prinzen Hohenlohe nach Petersburg. Der gefälligen vermittelnden Ansicht, daß diese Entsendung ihren Zweck verfehlt habe, können wir nicht zustimmen. Wir glauben vielmehr, daß die politische Abklärung zwischen den Kaisern Franz Josef und Nikolaus auf die Lösung von Einzelheiten der Balkanfragen erleichternd nachwirken wird.

r. Wien, 17. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Das „Neue Wiener Journal“ läßt sich aus Berlin melden, daß sich der deutsche Kaiser anlässlich der Verlobung im Kaiserhause sehr optimistisch über die Weltlage ausgesprochen habe. Wir haben, so soll sich Kaiser Wilhelm geäußert haben, schon schwerere Situationen gehabt, als die gegenwärtige. Denken Sie nur an die Marokkofrage! Wegen der albanischen Frage wird kein Krieg entsetzt, höchstens ein Zeitungskrieg. Auch in Karlsruhe soll der Kaiser zum Oberbürgermeister gewählt haben: Es wird sich alles in Wohlgefallen auflösen!

Die Fremden in Adrianopel.

r. Paris, 17. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Vorposten in Adrianopel haben gestern die Verhandlungen über die praktischen Anordnungen begonnen, die den eingeschlossenen Ausländern gestatten sollen, die belagerte Stadt zu verlassen.

Sichtlich der Ausländer in Adrianopel ist von der bulgarischen Regierung beschlossen worden, daß den Konula und jenen Ausländern, welche die Stadt verlassen wollen, die Möglichkeit dazu geboten werden soll, sobald eine Liste mit den Namen derjenigen Personen überreicht sein wird, die das Recht haben, als Ausländer die Stadt zu verlassen.

Neue Unruhen in der Tschataldscha-Armee.

r. Konstantinopel, 17. Februar. Unter den Offizieren der Tschataldschaarmee gärt es neuerdings. Der Generalinspekteur der Kavallerie Fised Suad Pascha hat demissioniert, und andere Offiziere weigern sich, wie der „Frank. Ztg.“ gemeldet wird, die Befehle des Großwesirs Scheifet Pascha auszuführen. Die Armeeleitung hat sich gezwungen gesehen, einige Offiziere vor der Front zu verhaften.